

Sitzungsvorlage
Antrag

Nr.: 2018/897

Antrag der Gruppe grüneXsoli vom 01.04.2018: Vorsorge im Umgang mit multiresistenten Keimen

Ausschuss Umwelt, Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft	16.04.2018	TOP
Kreisausschuss	28.05.2018	TOP
Kreistag	25.06.2018	TOP

Gruppe grüneXsoli
Kreistag Lüchow/Dannenberg

Banzau, d.1. April 2018

Wir bitten darum, folgenden Punkt auf die Tagesordnung des Umweltausschusses am 16.4.2018 (evtl. auch auf die Tagesordnung des Sonderausschusses am 23.4.18) sowie entsprechenden KA und KT mit aufzunehmen:

Vorsorge im Umgang mit multiresistenten Keimen

Beschlussvorschlag:

Die Empfehlung eines Beschlusses an den KT ergibt sich aus der Diskussion zu der Thematik „Welche Maßnahmen sind möglich und notwendig, die Bevölkerung des Landkreises vor einer Gefährdung durch multiresistente Keime zu schützen?“

Begründung:

Am 6.02.2018 berichteten die Tagesschau sowie die Sendung „Panorama - die Reporter“ über Antibiotika-resistente Keime in Bächen, Flüssen und Seen in Niedersachsen.

Die Gefährdung von Menschen durch multiresistente Keime nimmt zu. Laut Aussage des Robert Koch – Instituts sterben jährlich Tausende Menschen(10 000 – 30 000) an multiresistenten Keimen, weil Antibiotika nicht mehr wirken.

Der Landkreis hat eine Vorsorgepflicht der Bevölkerung gegenüber. Welche Maßnahmen notwendig sind dieser Vorsorgepflicht gerecht zu werden, darüber sollte diskutiert und von der Verwaltung informiert werden.

In einer Aussage des Niedersächsischen Landesgesundheitsamtes heißt es (vgl.Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der Gruppe grüneXsoli vom 27.02.18) :“ Die Bedeutung des Eintrages von Konzentraten an multiresistenten Bakterien in die Umwelt (Abwasser, Klinikabwässer, Gülle)ist von erheblicher Bedeutung und sollte an der Quelle unterbunden oder zumindest minimiert werden“.

Von daher ist u.a. auch in Betracht zu ziehen, Abluft und Kot in Tierställen, in denen Antibiotika eingesetzt werden, auf multiresistente Keime zu untersuchen.

Hermann Klepper
Mitglied Umweltausschuss
SOLI

Stellungnahme der Verwaltung:

sh. beigefügte Stellungnahme des Gesundheitsamtes